Deutscher Bundestag
5. Wahlperiode

Drucksache V/1818

Mündliche Anfragen

gemäß § 111 der Geschäftsordnung (Fragestunde) für die

111. Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 7. Juni 1967

112. Sitzung des Deutschen Bundestages
am Donnerstag, dem 8. Juni 1967

113. Sitzung des Deutschen Bundestages
am Freitag, dem 9. Juni 1967

Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes

1. Abgeordneter **Ollesch**

Zu welcher Bundesbehörde steht Alexander von Hase, ein Vetter des Staatssekretärs im Bundespresse- und Informationsamt, der — Pressemeldungen zufolge — in Vorträgen im Ausland die Politik der Bundesregierung zu erläutern pflegt, in einem Dienst- oder Auftragsverhältnis?

2. Abgeordneter **Ollesch**

In welchem Aufgabenbereich ist der in Frage 1 genannte Alexander von Hase tätig?

Geschäftsbereich des Bundesministers für das Post- und Fernmeldewesen

3. Abgeordneter **Mischnick**

Welche Tatbestände könnten die Bundesregierung veranlassen, die geforderten Ausgleichszahlungen im innerdeutschen Postverkehr ganz oder teilweise zu erfüllen?

4. Abgeordneter **Burger**

Ist die Bundesregierung bereit, den seit 1957 geplanten und oft in Aussicht gestellten, von Wirtschaft und Bevölkerung dringend erwünschten Neubau eines Fernmeldeamtes in Emmendingen insoweit zu fördern, daß sie auf die Verhandlungsbereitschaft der OPD Freiburg einwirkt, um die derzeit offensichtlich wegen der Einhaltung von Bauvorschriften gescheiterten Verhandlungen wieder in Gang zu bringen?

Fragesteller hat sich mit schriftlicher Beantwortung einverstanden erklärt.

Druck: Buchdruckerei Peter Meier, 5201 Buisdorf/Siegburg
Alleinvertrieb: Dr. Hans Heger, 532 Bad Godesberg, Postfach 821, Goethestraße 54, Tel. 6 35 51

Geschäftsbereich des Bundesministers für Gesundheitswesen

5. Abgeordneter **Dr. Schmidt (Offenbach)**

Sind die Presseberichte von der 20. Jahrestagung der Vereinigung Nordwestdeutscher Orthopäden zutreffend, wonach rund 42% aller Schulkinder bereits an leichten und 33% an erheblichen Haltungsschäden leiden?

6. Abgeordneter **Dr. Schmidt (Offenbach)**

Ist die Bundesregierung bereit, den auf der 20. Jahrestagung der Vereinigung Nordwestdeutscher Orthopäden genannten Vorschlag zu unterstützen, zur Verhütung des zunehmenden Haltungsverfalls in den Schulen Pausen von mindestens 10 Minuten Dauer nach je 50 Minuten Unterricht, Streichung aller Doppelstunden, eine tägliche Turnstunde und obligatorisches Schwimmen auch für Landkinder einzuführen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

7. Abgeordneter **Logemann**

In welcher Weise will die Bundesregierung künftig dafür Sorge tragen, daß auf internationalen Kongressen in Mitteldeutschland oder osteuropäischen Ländern diskutierte Probleme, wie sie sich z. B. auf Grund von großen Tierbeständen in Rinder-, Schweine- und Geflügelkombinaten ergeben, auch in der Bundesrepublik behandelt und entsprechende Beratungsergebnisse der Öffentlichkeit übermittelt werden?

8. Abgeordneter **Logemann**

Sind die in der Bundesrepublik schon vorhandenen und noch zu erwartenden tierischen Großhaltungen auf engem Raum, etwa in Form von Hochhäusern für Legehühner, in ihren Auswirkungen auf die menschliche Gesundheit weniger problematisch als Geflügel- und Rinderkombinate mit nicht mehr Tieren in östlichen Ländern?

9. Abgeordneter **Logemann**

Welcher Art sind die von der Bundesregierung auf Grund der Fragen XIV/11 bis 13 in der Drucksache V/1537 angekündigten „umfassenden Untersuchungen hinsichtlich der Auswirkungen der Massentierhaltung"?

10. Abgeordneter **Baier**

Entspricht es den Tatsachen, daß das Land Baden-Württemberg nach wie vor je aufgenommenen, vertriebenen und geflüchteten Landwirt nur halb soviel Bundesmittel aus Titel 571 des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten erhält, als die übrigen Länder im Bundesdurchschnitt?

11. Abgeordneter **Baier**

Was gedenkt der Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten zu tun, um eine gleichmäßige Behandlung der heimatvertriebenen und geflüchteten Landwirte in der Bundesrepublik sicherzustellen und den in Baden-Württemberg überdurchschnittlich hohen Rückstau an Anträgen berechtigter Siedler-Bewerber abzubauen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

12. Abgeordneter **Schmitt-Vockenhausen**

Ist der Bundesregierung bekannt, daß die auf Grund von § 139 h Abs. 1 der Gewerbeordnung erlassene „Bekanntmachung betr. die Einrichtung von Sitzgelegenheiten für Angestellte in offenen Verkaufsstellen" nicht in der Weise angewandt wird, wie es der Erhaltung des Gesundheitszustandes der Angestellten angemessen wäre?

13. Abgeordneter **Schmitt-Vockenhausen**

Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, der in Frage 12 erwähnten Bekanntmachung im Sinne der Erhaltung und Förderung der Gesundheit von Verkäufern und Verkäuferinnen in stärkerem Maße zur Durchsetzung zu verhelfen?

Fragesteller hat sich mit schriftlicher Beantwortung einverstanden erklärt.

14. Abgeordneter **Burger**

Beabsichtigt die Bundesregierung die seit dem 1. Januar 1964 unveränderten Freibeträge für die Anrechnung der Leistungen von Kindern auf Grund bürgerlich-rechtlicher Unterhaltsansprüche als Einkommen bei der Berechnung der Elternrente nach dem BVG bei der durch das 3. NOG erforderlichen Änderung der Verordnung zu § 33 BVG wegen der in den vergangenen drei Jahren eingetretenen Einkommensänderungen angemessen zu erhöhen?

15. Abgeordneter **Burger**

Prüft die Bundesregierung die Möglichkeit — da bekanntlich die Prüfung der Unterhaltsfähigkeit von Kindern zur Berechnung der Elternrente nach dem Bundesversorgungsgesetz viel Unruhe und erheblichen Verwaltungsaufwand mit sich bringt — einer vereinfachten Anrechnung unter Zugrundelegung der Durchschnittseinkommen?

16. Abgeordneter **Riegel (Göppingen)**

Ist der Bundesregierung bekannt, daß bei einer technischen Überprüfung von Straßentankwagen in Düsseldorf ein ungewöhnlich hoher Prozentsatz dieser Fahrzeuge wegen technischer Mängel stillgelegt werden mußte?

17. Abgeordneter **Dröscher**

Was wird die Bundesregierung tun, um rechtzeitig dafür zu sorgen, daß die durch den Abzug alliierter Streitkräfte freiwerdenden deutschen Arbeitnehmer auch in solchen Räumen eine gleichwertige und den sozialen Status sichernde Beschäftigung bekommen, wo entsprechende Arbeitsplätze bei der Bundeswehr und Bedarf an gewerblichen Arbeitnehmern nicht in ausreichendem Umfang vorhanden ist?

18. Abgeordneter **Dr. Enders**

Hält die Bundesregierung die Badekur eines Beschädigten für eine Maßnahme, die der Sicherung des Heilerfolges dient und der Verschlechterung des Gesundheitszustandes oder des Eintritts der Arbeitsunfähigkeit vorbeugt?

19. Abgeordneter **Dr. Enders**

Ist die Bundesregierung bereit, mit Rücksicht auf den Sinn und Zweck der Badekur, diese in den engeren Bereich der Heilbehandlung (§ 11 Abs. 1 BVG) einzubeziehen?

20. Abgeordneter **Dr. Enders**

Hält es die Bundesregierung für gerechtfertigt, daß ein Unfall, den ein Beschädigter während einer ihm bewilligten Badekur erleidet, nicht unter den Unfallschutz (§ 1 Abs. 2 e BVG) fällt, weil gegenwärtig die Badekur keine Heilbehandlung im Sinne des § 11 Abs. 1 BVG darstellt?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

21. Abgeordneter **Exner**

Ist der Bundesregierung bekannt, daß Arbeitnehmer öffentlich-rechtlicher Dienstherren durch die Heranziehung zum Grundwehrdienst bei ihrer späteren Anstellung als Beamte insofern gegenüber allen Personen, die zum Grundwehrdienst nicht herangezogen werden, eine Benachteiligung erfahren, als ihnen die Zeit des Wehrdienstes weder auf den vorgeschriebenen Vorbereitungsdienst noch auf die ersatzweise zu leistende sechsjährige Dienstzeit im Angestelltenverhältnis angerechnet wird?

22. Abgeordneter **Exner**

Welche Maßnahmen gedenkt die Bundesregierung zu ergreifen, um eine Benachteiligung von Bundesbürgern, wie sie in Frage 21 aufgezeigt ist, künftig auszuschließen?

23. Abgeordneter **Wächter**

Womit begründet die Bundesregierung die Kürzung des „Transall"-Programmes?

24. Abgeordneter **Wächter**

Hat die Bundesregierung rechtzeitig die durch die Kürzung des „Transall"-Programmes in Mitleidenschaft gezogenen Werke einschließlich ihrer Zulieferungsbetriebe von dieser Entwicklung in Kenntnis gesetzt?

25. Abgeordneter **Wächter**

Glaubt die Bundesregierung, daß durch die Kürzung des „Transall"-Programmes auch das Projekt des Mittelstreckenflugzeuges V.F.W. als ziviles Verkehrsflugzeug in Mitleidenschaft gezogen wird?

26. Abgeordneter **Faller**

Trifft es zu, daß auf dem NATO-Flugplatz Bremgarten (Landkreis Müllheim) künftig Verbände der Bundeswehr stationiert werden?

27. Abgeordneter **Faller**

Ist damit zu rechnen, daß durch die in Frage 26 erwähnte Maßnahme die vorsorgliche Kündigung von rund 100 deutschen Zivilangestellten wieder rückgängig gemacht werden kann?

28. Abgeordneter **Spitzmüller**

Ist der Bundesregierung bekannt, daß seit der Stationierung kanadischer Düsenjäger in Lahr die Lärmbelästigung durch tief- und tiefstfliegende Starfighter in einem erschreckenden Ausmaß zugenommen hat?

29. Abgeordneter **Spitzmüller**

Welche Möglichkeiten hat die Bundesregierung sicherzustellen, daß die kanadischen Düsenjägerpiloten die Vorschriften über die einzuhaltenden Flughöhen besser beachten?

30. Abgeordneter **Spitzmüller**

Kann dem am Dienstag, dem 16. Mai 1967, beobachteten Tiefstflug von zwei kanadischen Düsenjägern längs der Autobahn Karlsruhe—Basel für den Ernstfall überhaupt eine solche ausbildende Notwendigkeit beigemessen werden, daß lebensgefährliche Schreckreaktionen von Autobahnbenutzern in Kauf zu nehmen sind?

31. Abgeordneter **Hübner**

War es zum Zwecke des Trainings für den Ernstfall erforderlich, daß an die Angehörigen der 4. Kompanie des Panzergrenadierbataillons 302, Ellwangen, bei einer Alarmübung am 8. Mai 1967 für je zwei Mann ein lebendes Huhn als Verpflegung ausgegeben wurde?

32. Abgeordneter **Hübner**

Ist es zu billigen, daß der Kompaniechef in dem in Frage 31 erwähnten Fall seinen Befehl, daß jedes Team sein Huhn selbst zu schlachten habe, mit offensichtlichem Vergnügen überwachte und „aufmunternde" Worte für solche Soldaten aller Dienstgrade fand, die gegenüber der ungewöhnlichen Beschäftigung Hemmungen empfanden?

33. Abgeordneter **Hübner**

Sind bei der in Frage 32 erwähnten Gefiedermetzelei die einschlägigen Bestimmungen über das Schlachten von Vieh beachtet worden?

34. Abgeordneter **Schultz (Gau-Bischofsheim)**

Durch welche Vorschriften ist die Rechtslage entstanden, derzufolge der sowjetische Düsenjägerpilot Wassilij Iljitsch Epatko nach Ansicht der Bundesregierung amerikanischen Dienststellen überstellt werden mußte?

35. Abgeordneter **Schultz (Gau-Bischofsheim)**	Warum wurde die Maschine des geflohenen sowjetischen Piloten Wassilij Iljitsch Epatko von amerikanischen und nicht von deutschen Soldaten bewacht?
36. Abgeordneter **Schultz (Gau-Bischofsheim)**	Sind Gerüchte zutreffend, wonach der Einflug des sowjetischen Piloten Wassilij Iljitsch Epatko in die Bundesrepublik von den zuständigen Luftraumüberwachungsstellen nicht rechtzeitig bemerkt wurde?
37. Abgeordneter **Lemmrich**	Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um zu verhindern, daß sowjetische Militärflugzeuge unbemerkt bis in die Mitte Süddeutschlands vordringen können?
38. Abgeordneter **Dr. Pohle**	Was gab der Bundeswehrbehörde im Falle eines Staffelkapitäns Veranlassung, auf die Durchführung eines Disziplinarstrafverfahrens und die Festsetzung einer Disziplinarstrafe zu verzichten, den Staffelkapitän aber durch die Festsetzung eines Leistungsbescheides — der grobe Fahrlässigkeit oder vorsätzliche Schädigung der Bundeswehr voraussetzt — und durch Abweisung seiner dagegen gerichteten Beschwerde auf den Weg der Klage vor dem Verwaltungsgericht zu drängen?
39. Abgeordneter **Dr. Pohle**	Hält das Bundesverteidigungsministerium den mit dem in Frage 38 erwähnten Prozeß vor dem Verwaltungsgericht verursachten zeitlichen und finanziellen Aufwand für sinnvoll, obwohl Sachverhalt und Schuldfrage auch in einem Dienststrafverfahren hätten geklärt werden können?
40. Abgeordneter **Dr. Pohle**	Welche Bedeutung mißt das Bundesverteidigungsministerium dem Bericht des für die Staffel zuständigen Wetterdienstes für die Verantwortung des in Frage 38 erwähnten Staffelkapitäns bei der Anordnung eines Verbandsfluges bei?
41. Abgeordneter **Felder**	Wie groß ist die Zahl der Bundeswehrangehörigen, die sich am Telekolleg des Bayerischen Rundfunks beteiligen?
42. Abgeordneter **Felder**	Haben sich bei der Teilnahme von Telehörern der Bundeswehr an den Telekollegseminaren dienstliche Schwierigkeiten ergeben?
43. Abgeordneter **Felder**	In welcher Auflage ist das Liederbuch der Bundeswehr an die Truppe verteilt worden?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr

44. Abgeordneter **Dr. Lenz (Bergstraße)**	Sieht die Bundesregierung eine Möglichkeit, zur Erleichterung der Grenzformalitäten im Kraftfahrzeugverkehr darauf hinzuwirken, daß die „Grüne Versicherungskarte" abgeschafft wird?	
45. Abgeordneter **Dr. Lenz (Bergstraße)**	Ist die Bundesregierung bereit, Bemühungen zur Abschaffung der „Grünen Versicherungskarte" in internationalen Organisationen, z. B. der EWG oder des Europarates, nachdrücklich zu fördern?	
46. Abgeordneter **Josten**	In welcher Weise wird von seiten der Bundesregierung der wachsende Flugtourismus kontrolliert?	*Fragesteller hat sich mit schriftlicher Beantwortung einverstanden erklärt.*
47. Abgeordneter **Josten**	Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, daß bei sogenannten billigen Flügen im Charterverkehr keine Fluggesellschaft an den Sicherheitsvorschriften, z. B. an der technischen Wartung, spart?	
48. Abgeordnete **Frau Jacobi (Marl)**	Stimmen die Pressemeldungen über den beabsichtigten Weiterbau der Bundesbahnstrecke Gelsenkirchen-Buer-Nord—Marl-Haltern (V 9) in diesem Jahr?	
49. Abgeordnete **Frau Jacobi (Marl)**	Beabsichtigt die Bundesregierung, das in Frage 48 erwähnte Projekt aus Mitteln des Kreditfinanzierungsplanes zu fördern?	
50. Abgeordneter **Kubitza**	Ist der Bundesregierung bekannt, worauf es zurückzuführen ist, daß von dem 1959 aufgestellten Ausbauprogramm für die bayerischen Staatsstraßen bis heute, also nach mehr als der doppelten Zeit, nur 38%, also nur wenig mehr als ein Drittel verwirklicht ist?	
51. Abgeordneter **Kubitza**	Welche Nachteile bringt es nach Ansicht der Bundesregierung mit sich, daß nur 3,7% der Staatsstraßen in Bayern mit schweren Decken versehen und nur 12% frostsicher ausgebaut sind?	
52. Abgeordneter **Kubitza**	Ist die Bundesregierung bereit, mit der Begründung, daß das beste Autobahn- und Fernstraßennetz ohne eine sinnvolle Ergänzung durch leistungsfähige Landstraßen wenig Wert hat, bei der bayerischen Staatsregierung darauf hinzuwirken, daß diese ihre Anstrengungen künftig mehr als bisher auf den Ausbau der Staatsstraßen richtet?	

53. Abgeordneter **Strohmayr**

Ist der Bundesregierung bekannt, daß das Fehlen der Zwangshaftpflichtversicherung in so stark frequentierten Reiseländern, wie beispielsweise in Italien, Spanien, in der Türkei und in Griechenland, zur Folge hat, daß Touristen in solchen Ländern ihre Ersatzansprüche aus schuldlos erlittenen Verkehrsunfällen nicht durchsetzen können?

54. Abgeordneter **Strohmayr**

Ist die Bundesregierung deshalb bereit, sich im Rahmen der Konferenz der europäischen Verkehrsminister dafür einzusetzen, daß die Pflichtversicherung für Kraftfahrzeuge in allen Ländern Europas eingeführt wird?

55. Abgeordneter **Riegel (Göppingen)**

Ist die Bundesregierung bereit, für Arbeitnehmer, deren Betriebe zur Kurzarbeit übergehen, eine Arbeiterwochenfahrkarte einzuführen, deren Benutzung und Preis sich auf die tatsächlich geleisteten Arbeitstage beschränkt?

56. Abgeordneter **Riegel (Göppingen)**

Ist die Bundesregierung bereit zu prüfen, ob für Arbeitnehmer nicht eine Tagesfahrkarte eingeführt werden kann?

57. Abgeordneter **Schmitt-Vockenhausen**

Ist der Bundesverkehrsminister bereit, im Rahmen der Planungen für 1968 zu überprüfen, wie aus dem Mehraufkommen der Mineralölsteuer die im Jahre 1967 verhältnismäßig gering bedachten kreisangehörigen Städte und Gemeinden angemessen berücksichtigt werden können?

58. Abgeordneter **Cramer**

Wann wird die Bundesstraße 210 zwischen Jever und Wittmund mit einem Radfahrweg versehen?

59. Abgeordnete **Frau Schanzenbach**

Bis wann kann mit dem Bau des vom Bund zu errichtenden Streckenabschnitts des Zubringers Lahr (zwischen Bundesautobahn und B 3) gerechnet werden, nachdem der jüngste Absturz eines kanadischen Düsenjägers eindringlich die Notwendigkeit eines baldigen Baubeginns aus Sicherheitsgründen gezeigt hat?

Fragesteller hat sich mit schriftlicher Beantwortung einverstanden erklärt.

60. Abgeordneter **Weigl**

Welche Teilstrecken der Schnellstraße B 15 neu zwischen Weiden und Regensburg können als baureif bezeichnet werden?

61. Abgeordneter **Weigl**

Ist vorgesehen, daß die baureifen Teilstrecken der Schnellstraße B 15 neu bei der eventuellen Neuauflage eines Investitionshaushaltes im Herbst dieses Jahres berücksichtigt werden?

Fragesteller hat sich mit schriftlicher Beantwortung einverstanden erklärt.

62. Abgeordneter **Dr. Schmidt (Wuppertal)**

Sind der Bundesregierung die Wuppertaler Untersuchungen über Farbleitlinien, die die Verkehrszeichen ersetzen sollen, bekannt?

63. Abgeordneter **Dr. Schmidt (Wuppertal)**	Teilt die Bundesregierung die Auffassung von Experten, daß durch bunte Fahrbahnmarkierungen die Verkehrssicherheit der Kraftfahrzeugfahrer erhöht wird?	
64. Abgeordneter **Dr. Schmidt (Wuppertal)**	Ist die Bundesregierung bei Bejahung der Frage 63 bereit, die Untersuchungen über die Farbleitlinien in einem größeren Rahmen zu erproben?	
65. Abgeordneter **Fellermaier**	Kann die Bundesregierung mitteilen, bis zu welchem Zeitpunkt die Deutsche Bundesbahn bekanntgibt, welche Direktionen und Dienststellen im Rahmen ihrer organisatorischen Neugliederung aufgelöst oder zusammengefaßt werden, damit die infolge zahlreicher Äußerungen maßgeblicher Beamter der Deutschen Bundesbahn sowohl bei den Bediensteten der Deutschen Bundesbahn als auch in der Öffentlichkeit entstandene Unruhe beseitigt werden kann?	

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wohnungswesen und Städtebau

66. Abgeordneter **Baron von Wrangel**	Welche andere Maßnahmen außer den in Frage 69 angesprochenen gedenkt die Bundesregierung zu ergreifen, um den Facharbeiterwohnungsbau im Zonenrandgebiet zu fördern?	*Fragesteller hat sich mit schriftlicher Beantwortung einverstanden erklärt.*
67. Abgeordneter **Dr. Apel**	Wie beurteilt die Bundesregierung die von einzelnen Spekulanten eingeleitete Aktion, um Altbaumietwohnungen zu Wucherpreisen als Eigentumswohnungen zu verkaufen?	*Fragesteller hat sich mit schriftlicher Beantwortung einverstanden erklärt.* (Fragen 67 und 68)
68. Abgeordneter **Dr. Apel**	Welche gesetzlichen Regelungen hält die Bundesregierung für möglich, um den Praktiken beim Verkauf von Altbaumietwohnungen als Eigentumswohnungen zu Wucherpreisen entgegenzutreten?	

Geschäftsbereich des Bundesschatzministers

69. Abgeordneter **Baron von Wrangel**	Ist die Bundesregierung bereit, über die Preisgestaltung den Wohnungsbau im Zonenrandgebiet dadurch zu fördern, indem sie die Bundesvermögensverwaltung veranlaßt, billiges Bauland zur Verfügung zu stellen?	*Fragesteller hat sich mit schriftlicher Beantwortung einverstanden erklärt.* (Fragen 69 und 70)
70. Abgeordneter **Baron von Wrangel**	Trifft es zu, daß bei der Vergabe von Bauland in der Regel die Preise für Bundesbauland wesentlich höher liegen als die Preise bei Ländern und Gemeinden?	

Geschäftsbereich des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit

71. Abgeordneter **Dr. Rinderspacher**

Sind der Bundesregierung die Meldungen bekannt, wonach in Pakistan 40 000 Menschen, in der Hauptsache jugendliche Arbeiter, von Privatfirmen, die Regierungsprojekte ausführen, in unmenschlicher Weise ausgebeutet werden?

72. Abgeordneter **Dr. Rinderspacher**

Kann die Bundesregierung versichern, daß die in Frage 71 erwähnten Methoden nicht angewandt werden bei Entwicklungshilfeprojekten in Pakistan, die von der Bundesrepublik Deutschland finanziert oder mitfinanziert wurden und noch finanziert werden?

73. Abgeordneter **Dr. Rinderspacher**

Kann für die Zukunft sichergestellt werden, daß bei allen Projekten in allen Entwicklungshilfeländern, die von der Bundesrepublik Deutschland finanziert oder mitfinanziert werden, nur solche Arbeitsmethoden zur Anwendung gelangen, die unserer Auffassung von der Menschenwürde entsprechen, auch bei Berücksichtigung der Besonderheiten eines Landes, dessen Wirtschaftssystem und Entwicklungsstufe sich von den unsrigen stark unterscheiden?

Fragesteller hat sich mit schriftlicher Beantwortung einverstanden erklärt. (zu 71–73)

Geschäftsbereich des Bundesministers für gesamtdeutsche Fragen

74. Abgeordneter **Schlager**

Sieht der Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen eine Möglichkeit, gegebenenfalls durch eine einmalige Finanzhilfe aus seiner Hausreserve, die Bemühungen der Stadt Hof zu unterstützen, das von heimatvertriebenen Sudetendeutschen gegründete und für das bayerische Zonenrandgebiet kulturell so bedeutsame Orchester „Hofer Symphoniker", das den gesamten Zonenrand und Grenzraum von Bad Kissingen bis Weiden sowie das Städtebundtheater Hof betreut, wieder auf eine wirtschaftlich gesicherte Grundlage zu stellen?

75. Abgeordneter **Dr. Tamblé**

Was gedenkt die Bundesregierung gegen das von der SED im Ostberliner „Staatsverlag" herausgegebene „Graubuch" zu unternehmen?

76. Abgeordneter **Dr. Tamblé**

Ist der Bundesregierung bekannt, daß die Verantwortlichen im anderen Teil Deutschlands das „Graubuch" auch in fremde Sprachen übersetzen ließen, um es zu einer weltweiten Hetzkampagne gegen die Bundesrepublik verwenden zu können?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

77. Abgeordneter **Lenders**

Ist es der Bundesregierung möglich, Feststellungen darüber zu treffen, ob die von den griechischen Konsulaten schon in der Vergangenheit geübte Praxis der Paßentziehung gegenüber in der Bundesrepublik Deutschland lebenden griechischen Staatsangehörigen nach den jüngsten politischen Veränderungen in Griechenland zugenommen hat?

78. Abgeordneter **Lenders**

Ist die Bundesregierung bereit, darauf hinzuwirken, daß Anträge von griechischen Staatsangehörigen auf Asyl oder Ausstellung eines Fremdenpasses von den zuständigen deutschen Stellen unter Berücksichtigung der politisch veränderten Situation in Griechenland entschieden werden?

79. Abgeordneter **Schlager**

Wie beurteilt die Bundesregierung die durch den Fraktionsgeschäftsführer der SPD im nordrhein-westfälischen Landtag, Dr. Nehrling, im Zusammenhang mit dem Besuch des iranischen Kaiserpaares am Protokoll sowie an den Vollzugsorganen seines Landes öffentlich geübte Kritik, wonach u. a. der Aufwand und die Beachtung durch öffentliche Stellen eine unerträgliche Überbewertung der Bedeutung des Besuches des iranischen Kaiserpaares sei und das Programm für das iranische Kaiserpaar über das vertretbare Maß der Angemessenheit, der Gleichbehandlung bei Besuchen von Staatsoberhäuptern anderer Länder und der Selbstachtung des deutschen Volkes weit hinausgehe?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

80. Abgeordneter **Mertes**

Wann gedenkt die Bundesregierung die Maßnahmen zur Erhaltung einer unabhängigen Presse (begünstigte Steuersätze und Abschreibungsmöglichkeiten, staatliche Kapitalhilfe insbesondere für die mittleren und kleinen Tageszeitungen, Absprachen zwischen Verlegern und Rundfunkanstalten über die Verteilung von Werbeaufträgen) in die Tat umzusetzen, die der Staatssekretär des Bundesinnenministeriums auf der Mitgliederversammlung der Arbeitsgemeinschaft regionaler Abonnementszeitungen gefordert hat?

81. Abgeordneter **Prochazka**

Billigt die Bundesregierung die Gründung einer Nationalbewegung griechischer Gastarbeiter in der Bundesrepublik Deutschland?

82. Abgeordneter **Prochazka**

Treffen Meldungen zu, wonach Gastarbeiter in zunehmendem Maße in die Sowjetzone Deutschlands reisen und von dort mit Broschürenmaterial ausgestattet zurückkehren, um in der Bundesrepublik Deutschland die SED-Propaganda zu besorgen?

83. Abgeordneter **Prochazka**

Sind der Bundesregierung genaue Zahlen über Teilnehmer aus Gastarbeiterkreisen bekannt, die an Kongressen und gesamtdeutschen Konferenzen der Zone teilgenommen haben?

84. Abgeordneter **Dr. Schulz (Berlin)**

Wie beurteilt die Bundesregierung das Memorandum, das die Europa-Union im Rahmen der diesjährigen Europa-Aktion unter dem Motto „Alle Europäer wollen Reisen ohne Grenzkontrollen" an sie gerichtet hat?

85. Abgeordneter **Dr. Schulz (Berlin)**

Ist die Bundesregierung insbesondere bereit, Möglichkeiten zu prüfen, wie der Empfehlung, in der kommenden Urlaubszeit in der Bundesrepublik auf Kontrollformalitäten an den Grenzen zu verzichten, entsprochen werden kann?

86. Abgeordneter **Dr. Rutschke**

Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß Artikel 109 Abs. 3 der Reichsverfassung vom 11. August 1919 insoweit weiterhin gültiges Recht ist, als auch nach Artikel 3 Abs. 3 des Grundgesetzes der von Artikel 109 Abs. 3 Satz 2 der Reichsverfassung betroffene Personenkreis keinerlei Vorrechte genießt?

87. Abgeordneter **Dr. Rutschke**

Billigt die Bundesregierung — im Hinblick auf diese Rechtslage —, daß Abkömmlinge des in Frage 86 bezeichneten Personenkreises bei offiziellen Anlässen durch staatliche Stellen bzw. deren Repräsentanten mit den Anreden „königliche oder kaiserliche Hoheit" usw. tituliert und lediglich auf Grund der früheren Vorrechte ihrer Ahnen protokollarisch bevorzugt werden?

88. Abgeordneter **Dr. Rutschke**

Ist, aus gegebenem Anlaß, die Bundesregierung bereit, alle hierfür in Frage kommenden Dienststellen, insbesondere die der Bundeswehr, auf die Unzulässigkeit der in Frage 87 geschilderten Praktiken — weil dem Grundgesetz zuwiderlaufend — hinzuweisen?

89. Abgeordneter **Moersch**

Hat die Bundesregierung inzwischen festgestellt, ob bei der in der Fragestunde vom 16. Februar 1967 erörterten politischen Überprüfung indonesischer Studenten deutsche Grundrechte in vollem Umfang respektiert worden sind?

90. Abgeordneter **Moersch**

Können indonesische Studenten, die sich dem Durchleuchtungsverfahren ihrer Organisation in der Bundesrepublik Deutschland nicht unterziehen, wenn sie als Folge dieser Weigerung Schwierigkeiten bei der Rückkehr ins Heimatland haben, aus diesen politischen Gründen Asylrecht bei uns beanspruchen?

91. Abgeordneter **Moersch**

In welchem Umfang ist die „Kommission zur Beratung der Bundesregierung in Fragen der politischen Bildung" vom Bundesinnenminister herangezogen worden, um die Bundesregierung bei der gewünschten neuen Konzeption für die politische Bildungsarbeit sachkundig zu unterstützen?

92. Abgeordneter **Kahn-Ackermann**

Welches Ergebnis hat die von dem Bundesinnenminister vor drei Monaten zugesicherte Überprüfung über die Einstellung der Tätigkeit des interministeriellen Ausschusses für die Zulassung von Ostfilmen gehabt?

93. Abgeordneter **Spillecke**

Waren die umfangreichen Autobahnsperrungen in der Zeit vom 27. bis 30. Mai 1967 wegen des Besuches des iranischen Kaiserpaares in der Bundesrepublik, so wie sie in der Presse am 25. Mai 1967 angekündigt wurden, unbedingt erforderlich?

94. Abgeordneter **Spillecke**

Ist es nach Ansicht der Bundesregierung im Hinblick auf die Sicherheit hoher ausländischer Gäste möglich, ohne einschneidende Maßnahmen, die den regionalen und überregionalen Verkehr sehr empfindlich stören, auszukommen?

95. Abgeordneter **Spillecke**

Hat die Bundesregierung bedacht, daß solche in Frage 94 erwähnten einschneidenden Sperrungen auf den Bundesautobahnen, insbesondere auf diesen schwer belasteten Strecken, die Freude der Bevölkerung über den Besuch erheblich trüben kann?

96. Abgeordneter **Biechele**

Besteht nach Überzeugung der Bundesregierung auf dem Hintergrund der Brandkatastrophe des Warenhauses „A l'Innovation" in Brüssel die Notwendigkeit, die entsprechenden Sicherheitsbestimmungen bei uns zu überprüfen?

97. Abgeordneter **Dr. Müller (München)**

Wie hoch schätzt die Bundesregierung die volkswirtschaftlichen Verluste, die durch die Sicherungsmaßnahmen beim Staatsbesuch des iranischen Herrschers in der Bundesrepublik Deutschland entstanden sind?

98. Abgeordneter **Dr. Müller (München)**

Ist es nach Ansicht der Bundesregierung mit dem Grundrecht der Unverletzlichkeit der Person (Artikel 2 Abs. 2 des Grundgesetzes) und dem Grundrecht der freien Meinungsäußerung (Artikel 5 des Grundgesetzes) zu vereinbaren, daß staatliche Organe vor und während des Besuchs des iranischen Herrschers auch dort gegen Schaulustige und Demonstranten vorgingen, wo eine Gefährdung der persönlichen Sicherheit der Besucher von vornherein ausgeschlossen war?

99. Abgeordneter **Dr. Müller (München)**

Unterstützt die Bundesregierung die Bemühungen von Geldinstituten, sich gegen Raubüberfälle zu sichern?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz

100. Abgeordneter **Strohmayr**

Was hält die Bundesregierung von dem Vorschlag des hannoverschen Verkehrsrichters Berlit, einen besonderen „Promille-Paß" für Kraftfahrer einzuführen, in dem die Alkoholverträglichkeit auf Grund von Tests eingetragen wird?

101. Abgeordneter **Bauer (Würzburg)**

Aus welchen Gründen hat die Bundesregierung nicht zugleich mit dem Zusatzprotokoll Nr. 4 zur Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten auch die noch nicht ratifizierten Zusatzprotokolle Nr. 2, 3 und 5 dem Bundestag zur Zustimmung zugeleitet?

102. Abgeordneter **Dr. Becher (Pullach)**

Trifft es auf Grund der Ergebnisse des Stuttgarter Schwurgerichtsprozesses gegen den Gastarbeiter Franjo Goreta zu, daß Angehörige des jugoslawischen Konsulardienstes Mordaufträge gegen in der Bundesrepublik Deutschland lebende Personen erteilt und mit Geld honoriert haben?

103. Abgeordneter **Dr. Becher (Pullach)**

Was gedenkt die Bundesregierung bei Bejahung der Frage 102 zu tun, um gegen diesen Mißbrauch konsularischer Funktionen und die damit verbundene Verletzung deutscher Souveränitätsrechte einzuschreiten?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

104. Abgeordneter **Wurbs**

Wie hoch ist der Betrag, der aus den Mitteln des Eventualhaushaltes in das Zonenrandgebiet vergeben wurde?

Fragesteller hat sich mit schriftlicher Beantwortung einverstanden erklärt.

105. Abgeordneter **Wurbs**

Wieviel der Mittel des Eventualhaushalts flossen davon in das nordhessische Zonenrandgebiet?

106. Abgeordneter **Wurbs**

Wie schlüsseln sich die in Frage 104 bezeichneten Beträge auf die wichtigsten Wirtschaftszweige, wie Bahn, Post und Privatwirtschaft, auf?

Fragesteller hat sich mit schriftlicher Beantwortung einverstanden erklärt.

107. Abgeordnete **Frau Schanzenbach**

Trifft es zu, daß das Bundesfinanzministerium im März in einem Schreiben an das Finanzministerium von Baden-Württemberg angedeutet hat, es sei mit einer Vergrößerung des NATO-Flugplatzes Lahr-Langenwinkel zu rechnen?

108. Abgeordnete **Frau Schanzenbach**

Was ist der Bundesregierung über Notwendigkeit und Umfang einer geplanten Flugplatzerweiterung des NATO-Flugplatzes Lahr-Langenwinkel bekannt?

Fragesteller hat sich mit schriftlicher Beantwortung einverstanden erklärt.

109. Abgeordneter **Dr. Abelein**

Ist der Bundesregierung die besondere Belastung der Garnisonsgemeinden bekannt, die daraus entspringt, daß die nicht meldepflichtigen Wehrpflichtigen keinen entsprechenden Finanzausgleich zur Folge haben?

110. Abgeordneter **Dr. Abelein**

Welche Möglichkeit sieht die Bundesregierung, den Garnisonsgemeinden für die zusätzlich von ihnen zu tragenden Lasten einen entsprechenden Finanzausgleich zu gewähren, der sie anderen Gemeinden gleichstellt?

111. Abgeordneter **Dröscher**

Hat das Bekanntwerden des bevorstehenden Abzugs eines Teils der alliierten Streitkräfte die Verhandlungen über die Angleichung der Arbeitsbedingungen der deutschen Arbeitnehmer bei den alliierten Streitkräften beeinflußt?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

112. Abgeordneter **Dr. Jahn (Braunschweig)**

Trifft es zu, daß die Tuch- und Kleiderstoffindustrie darum nachgesucht hat, die Bundesregierung möge bei der EWG-Kommission gemäß Artikel 226 EWG-Vertrag einen Antrag stellen, in dem um die Genehmigung zur Ergreifung von Schutzmaßnahmen gegenüber Einfuhren aus Prato gebeten wird?

113. Abgeordneter **Dr. Jahn (Braunschweig)**

Trifft es zu, daß die Bundesregierung es abgelehnt hat, den in Frage 112 erwähnten Antrag zu stellen, obwohl seitens der holländischen und belgischen Regierung derartige Anträge gestellt worden sind?

114. Abgeordneter **Dr. Jahn (Braunschweig)**

Ist die Bundesregierung nicht der Ansicht, daß die in Frage 112 erwähnte betroffene Industrie den Eindruck gewinnen muß, ihre Interessen würden von der Bundesregierung mit weniger Nachdruck vertreten als die Interessen der Industrien in den beiden Nachbarländern, da sie sich lange vor Abschluß des EWG-Vertrages bemüht hat, eine Begrenzung der Prato-Einfuhren zu erreichen?

115. Abgeordneter **Franke (Osnabrück)**

Ist die Bundesregierung bereit, auch anderen Gebieten in der Bundesrepublik, vornehmlich Westniedersachsen und dem Salzgitter-Gebiet, wo ähnliche Probleme — allerdings nicht in dieser Größenordnung — wie im Ruhrgebiet vorliegen, zu helfen, nachdem das Wirtschaftskabinett der Bundesregierung in den nächsten Tagen über die Probleme im Zusammenhang mit der „Senkung der Kohleförderung und der Ansiedlung neuer Industrien im Ruhrgebiet" beraten wird?

116. Abgeordneter **Dr. Guilini**

Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um bei Ausschreibungen der Strojexport, Prag, auf Baumaschinen im Werte von 15 bis 25 Millionen DM deutschen Anbietern eine ähnliche finanzielle Hilfe und Absicherung zu geben wie andere europäische Industrieländer es tun?

117. Abgeordneter **Dr. Guilini**

Kann die Bundesregierung nachträglich im Einzelfall anbietenden Baumaschinenfirmen mit einer Verlängerung dieser in Frage 116 erwähnten Absicherung im Einzelfall helfen und damit den Weg freimachen für eine entsprechende Kreditgewährung der Ausfuhrkreditinstitute?

Fragesteller hat sich mit schriftlicher Beantwortung einverstanden erklärt.

118. Abgeordneter **Büttner**

Ist der Bundesregierung das Urteil des Amtsgerichtes München - Aktenzeichen 7 C 748/66 - vom 28. September 1966 und die Veröffentlichung des Bundesaufsichtsamtes für das Versicherungs- und Bausparwesen Berlin vom 31. Dezember 1966, A 6934 B, 15. Jahrgang Nr. 12 Seite 251, betreffend Rechtsschutzversicherung rückständiger Erst- und Folgeprämien" bekannt?

119. Abgeordneter **Büttner**

Wenn die Frage 118 bejaht wird, ist dann die Bundesregierung bereit, den Versicherungsgesellschaften über das Bundesaufsichtsamt zur Pflicht machen zu lassen, bei Abschluß von Rechtsschutzversicherungen den Versicherungsnehmern Klarheit über ihre rechtliche Position hinsichtlich der Verjährung von Zahlungsverpflichtungen zu verschaffen?

120. Abgeordneter **Büttner**

Besteht die Möglichkeit, die in Frage 119 aufgezeigte gesetzliche Lücke zu schließen?

Fragesteller hat sich mit schriftlicher Beantwortung einverstanden erklärt.

121. Abgeordneter **Richarts**
Nach welchen Kriterien werden Bundesausbauorte bestimmt?

122. Abgeordneter **Richarts**
Welche Vorteile sind mit der Anerkennung als Bundesausbauort verbunden?

123. Abgeordneter **Richarts**
Weswegen wurde Wittlich-Wengerohr nicht als Bundesausbauort anerkannt?

Fragesteller hat sich mit schriftlicher Beantwortung einverstanden erklärt.

124. Abgeordneter **Kohlberger**
Ist die Bundesregierung bereit, mit allem Nachdruck auf die Beseitigung der vielfach vorhandenen Wettbewerbsverzerrungen auf dem Textilmarkt — z. B. staatliche Unterstützung durch Subventionen, steuerlicher Grenzausgleich, starke Begrenzung von Hongkong-Einfuhren durch die EWG-Partner, manipulierte Preise bei Ostblockeinfuhren und Niedrigpreisländern — zu drängen?

125. Abgeordneter **Kohlberger**
Was gedenkt die Bundesregierung dagegen zu tun, daß durch den immer stärker werdenden passiven Veredelungsverkehr mit den die Löhne staatlich dirigierenden Ostblockländern die Arbeitsplätze in der Textilwirtschaft immer stärker gefährdet werden?

126. Abgeordneter **Kohlberger**
Ist die Bundesregierung bereit, einer modernen und leistungsfähigen deutschen Textilwirtschaft für die Zukunft einen festen Platz in der Volkswirtschaft einzuräumen?

127. Abgeordneter **Blumenfeld**
Ist der Bundesregierung bekannt, daß aus Dienstleistungen im Rahmen deutscher Entwicklungshilfe zwei deutsche Firmen seit vielen Jahren anerkannte Forderungen in Höhe von über 2 Millionen DM gegenüber iranischen Staatsstellen haben?

128. Abgeordneter **Blumenfeld**
Welche Unterstützungen hat die Bundesregierung bei Kenntnis der in Frage 127 geschilderten Situation den deutschen Firmen angedeihen lassen, damit sie ihre Forderungen beglichen erhalten?

129. Abgeordneter **Blumenfeld**
Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, falls die bisherigen Bemühungen sowohl der in Frage 127 erwähnten Firmen wie der Bundesregierung ohne irgend einen sichtbaren Erfolg geblieben sind?

130. Abgeordneter **Diebäcker**
Werden Zonenrandfrachthilfen nur unter Zugrundelegung der Richtlinien des Bundeswirtschaftsministeriums zum Regionalen Förderungsprogramm gewährt, nach denen bei der Frachthilfe nur solche Betriebe zu berücksichtigen sind, deren Frachtkosten bei Wagenladungen 5% des Durchschnittsverkaufswertes übersteigen und deren Produktion keine Ausweitung erfahren konnte?

131. Abgeordneter **Diebäcker**

Treffen Meldungen zu, nach denen Zonenrandfrachthilfen auch über die Richtlinien des Bundeswirtschaftsministeriums zum Regionalen Förderungsprogramm hinaus gewährt werden?

132. Abgeordneter **Diebäcker**

Ist bei Bejahung der Frage 131 eine Gewährung von Zonenrandfrachthilfen über den durch die Richtlinien des Bundeswirtschaftsministeriums gesteckten Rahmen hinaus bei der heutigen Haushaltslage vertretbar?

133. Abgeordneter **Brück (Holz)**

Wie ist die Haltung der Bundesregierung zu den französischen Forderungen, die auf Grund des Saarvertrags bestehenden Abnahmeverpflichtungen Frankreichs für Saarkohle zu vermindern?

134. Abgeordneter **Haehser**

Hat die Bundesregierung Vorschläge sorgfältig geprüft, nach denen die Trümmer des ehemaligen Westwalls mittels einer Schwingereinheit (Vibrationsverfahren) schneller und weitaus billiger beseitigt werden können als nach der bisher üblichen Methode?

Bonn, den 2. Juni 1967